

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 11. Dezember 1992

STÄNDERAT
Aussenpolitische Kommission

PROTOKOLL

der Sitzung vom 7. Dezember 1992,
17.00 - 18.00 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4

TAGESORDNUNG

1. Nach der EWR-Abstimmung. Erste Lagebeurteilung
2. Vorbereitung der Sitzung vom 21./22. Januar 1993

ORDRE DU JOUR

1. Après la décision sur l'Espace économique européen. Premier examen de la situation
2. Préparation de la séance des 21 et 22 janvier 1993

TEILNEHMER

Präsidium: CaveltyAnwesende Mitglieder: Béguin, Bloetzer, Cavadini Jean, Delalay, Gadiant, Onken, Rhinow, Rüesch, Schiesser, SimmenEntschuldigt: Flückiger, KündigWeitere Teilnehmer:Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI
Staatssekretär Kellenberger, EDA
Botschafter Spinner, Integrationsbüro,
EDA/EVD
Generalsekretär Schaller, EDAKommissionssekretariat:
H.Aebi, Frau Hutter, PDProtokoll:

Frau Weik (d), Frau Bütikofer (f)



1. Nach der EWR-Abstimmung. Erste Lagebeurteilung

Präsident: Ich habe Ihnen gestern noch einen Telefax geschickt, der den Entwurf der Erklärung beinhaltet (siehe Anhang 1), die ich als Präsident der Aussenpolitischen Kommission abgeben soll. Bekanntlich wird auch der Bundespräsident im Rat eine Erklärung abgeben; im Nationalrat ist dies bereits geschehen. Ich habe mir die Erklärung von Bundespräsident Felber im Nationalrat angehört und bin deshalb, auch im Sinn von Herrn Onken, im Ton meiner Erklärung noch etwas schärfer geworden.

Blankart: Festzustellen ist eine beunruhigende Spaltung zwischen der welschen und der deutschen Schweiz, zwischen Alt und Jung sowie Stadt und Land. Eine Spaltung existiert in der Deutschschweiz auch zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Establishment und dem Volk, und in einem gewissen Sinn zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ob es zwischen schwachen und starken Regionen ebenfalls eine Spaltung gibt, müsste noch analysiert werden. Ich werde mich davor hüten, vorschnell ökonomische Prognosen abzugeben, aber wahrscheinlich wird in der Zukunft eher im Ausland investiert werden, was entsprechende Auswirkungen auf den Stellenmarkt und die fiskalischen Mittel haben wird, und was die Unterstützung nationaler Ziele (Landwirtschaft, Arbeitslosenunterstützung, Umwelt etc.) erschwert.

Was die Aussenfront betrifft, können wir eine Lagebeurteilung erst vornehmen, wenn die Reaktionen unserer wichtigsten Partner bekannt sind. Die Stellungnahme des Vizepräsidenten der EG, Frans Andriessen, lautete, im übrigen keineswegs arrogant, dahingehend, dass die Schweiz den Weg der Isolierung gewählt habe, und dass er keine Möglichkeit zu bilateralen Verträgen sieht. Am nächsten Donnerstag und Freitag wird eine EFTA-Ministerkonferenz stattfinden. Wir werden natürlich in der EFTA bleiben, wobei diese mehrheitlich mit der Verwaltung des EWR beschäftigt sein wird. Ich möchte noch auf ein Problem hinweisen, das für unseren Handel bedeutungsvoll ist: Die Ursprungsregeln der Stockholmer Konventionen des Freihandelsabkommens sind nicht identisch mit den verbesserten Ursprungsregeln des EWR, weshalb schon allein aus diesem Grund unsere Exportwirtschaft behindert wird.

Schlussfolgerung:

1. Bei uns entscheidet das Volk, das immer recht hat, und dessen Entscheid vorbehaltlos zu akzeptieren ist.
2. Die Hauptaufgabe liegt in der Versöhnung der Nation. Parallel dazu muss ein Revitalisierungsprogramm auf die Beine gestellt werden.
3. Das Vertrauen in die Autorität, in die politische Elite, das in diesem Abstimmungskampf Schaden erlitten hat, muss dringend wieder aufgebaut werden.

Kellenberger: Der Bundespräsident hat in seiner Stellungnahme erklärt, dass der Bundesrat alles in seiner Kraft Stehende unternehmen wird, um die Stellung der Schweiz im europäischen Umfeld so gut wie möglich zu erhalten. Dabei werden alle vorhandenen Instrumente eingesetzt und weiter ausgebaut. Ferner müssen mit allen europäischen Ländern Kontakte geknüpft werden, um das Vertrauen, das unserem Land stets entgegengebracht wurde, wieder herzustellen. Dazu gibt es in den nächsten Tagen zwei Gelegenheiten: Einmal anlässlich der EFTA-Ministerkonferenz von dieser Woche, und ebenfalls anlässlich der am 14./15. Dezember 1992 in Stockholm stattfindenden KSZE-Ministerkonferenz. Herr Blankart wird diesen Monat noch nach Bonn reisen, und ich werde

mich nächsten Monat in Dänemark aufhalten. Anlässlich dieser Treffen werden wir die Bereitschaft einer weiteren Zusammenarbeit feststellen können. Ganz wichtig für eine Lagebeurteilung sind die Reaktionen der EG-Kommission und der EG-Mitgliedsländer sowie des Europäischen Rates in Edinburgh. Ausserdem wird die Haltung der EG-Kommission hinsichtlich unseres Gesuchs um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen von Wichtigkeit sein.

In Erinnerung rufen möchte ich den Schlussabschnitt der Erklärung des Bundespräsidenten zum Abstimmungsergebnis, wo unterstrichen wurde, dass es absolut notwendig ist, dass alle Optionen offengehalten werden.

Präsident: Die CVP hat im Nationalrat vorgeschlagen, im Januar eine ausserordentliche Session durchzuführen. Die SP-Fraktion unterstützt diese Idee mit der Bedingung, dass die Arbeitslosigkeit auch ein Thema bildet. Die FDP-Fraktion unterstützt den Gedanken einer Session auch, allerdings möchte sie sie erst später, eventuell erst im Frühling, angesetzt haben.

Rüesch: Im Januar werden wir noch nicht in der Lage sein, substantiell zu diskutieren; ich erinnere an die unrühmliche Sondersession, die das Waldsterben betraf.

Präsident: Laut Herrn Blankart wird der Bundesrat im Januar kaum neue Erkenntnisse liefern können.

Rhinow: Zum jetzigen Zeitpunkt habe ich Mühe zu entscheiden, ob eine Sondersession wirklich nötig ist, auch wenn wir uns auf jeden Fall die Zeit für eine fundierte Aussprache nehmen müssen.

Schiesser: Ausschlaggebend für die Durchführung einer Sondersession ist deren Zielsetzung, und darüber ist man sich im Nationalrat noch keineswegs einig. Deshalb bin ich gleicher Meinung wie Herr Rhinow: Ich schliesse eine Sondersession nicht aus, aber ich möchte abwarten, was auf uns zukommt, und was demnach Gegenstand dieser Sondersession sein kann.

Frau Simmen: Ich glaube nicht, dass wir diesen riesigen Problembereich in einer ordentlichen Session behandeln können, und deshalb ist meiner Meinung nach eine Sondersession zwingend notwendig, wobei ich mir über den Zeitpunkt auch noch nicht im klaren bin. Auf jeden Fall möchte ich, dass hauptsächlich die politischen und weniger die wirtschaftlichen Fragen diskutiert werden.

M. Delalay: Je ne suis pas à même de me prononcer maintenant quant à savoir si nous aurons besoin d'une session spéciale ou si le problème pourra être traité durant la session de mars. Je suis pourtant persuadé qu'une discussion doit intervenir au Parlement non pas sur l'analyse de la votation mais sur la voie à suivre. Il me semble qu'aujourd'hui, on ne sait pas dans quelle direction aller. Pour éviter de faire du "sur place" pendant des années, il s'agira bien de déterminer une ou plusieurs voies à suivre. Il faut demander au Conseil fédéral un rapport à ce sujet; ce dernier pourrait être discuté en mars ou en avril prochain.

Gadient: Ich möchte davor warnen, dass die Angelegenheit dramatisiert wird, und dass eilig Massnahmen getroffen werden, die dann doch nichts nützen. Ausserdem stört mich, dass bereits von einer Spaltung zwischen der deutschen und der welschen Schweiz die Rede ist. Ich sehe in den Haltungen einen Graben, und

ob es tatsächlich zu einer Spaltung kommt, hängt ganz wesentlich von unserem Verhalten ab.

Es liegt auf der Hand, dass wir jetzt gemeinsam den vor uns liegenden Weg definieren müssen. Es fragt sich, ob eine Sondersession das geeignete Mittel ist, die Probleme anzugehen, oder ob nicht ganz fundamentale Basisarbeit vonnöten wäre. Wir sind in verschiedenen Sachbereichen mit einzelnen Fragen, etwa mit dem Sprachenartikel oder mit der Dialektwelle konfrontiert, die wir ganz ernsthaft angehen müssen. In erster Linie möchte ich aber von unseren welschen Kollegen wissen, was sie von einer Sondersession halten.

M. Cavadini: Je ne peux me défaire d'un sentiment tout à fait exceptionnel aujourd'hui. Il s'est passé une chose d'une gravité incroyable - il s'agit de le savoir. On nous appelle à la modération - nous serons modérés. Quant à savoir si nous aurons besoin d'une session spéciale ou non, la question n'est pas prioritaire; il faut savoir à quoi sera consacré le temps réservé. Je ne vois guère sur quoi la commission pourrait travailler en janvier déjà.

Je demande qu'un temps suffisant soit consacré aux conséquences de la votation du 6 décembre; que ce soit trois jours en avril ou deux jours durant la session de printemps, j'attends à ce sujet des propositions concrètes.

Je remercie le président de sa remarque. Pourtant lorsque vous mentionnez "erfreulich ist die Klarheit des Verdikts", je vous trouve un optimisme exceptionnel. Personnellement, je ne comprends absolument pas ce qui s'est passé. Ce matin, trois journaux importants de Suisse romande demandent une session (l'Hebdo, l'Impartial et La Liberté) en publiant: Il n'y a plus de dialogue possible parce que nous ne parlons "plus la même langue". Ces propos sont certainement excessifs - en français, on dit que ce qui est excessif est insignifiant! Nous voulons éviter d'être insignifiants en étant excessifs. On ne peut pas simplement envisager que d'ici trois mois, les choses iront mieux. Monsieur le Secrétaire d'Etat nous dit que le peuple a toujours raison. Je dirai que le peuple a toujours le dernier mot. Reste à savoir s'il a véritablement raison. Je voudrais savoir ce que le peuple a dit hier aux cantons romands. Chez nous, l'interprétation est la suivante: la Suisse a pris le risque et l'engagement d'être capable à elle seule de diriger une politique qui constituerait l'essentiel de cette doctrine et qui nous permettrait d'assurer notre économie. Pour les cantons romands, la chose est claire. A partir de la semaine prochaine, il convient de montrer que l'orientation de cette politique fait que les principaux centres de décisions économiques passent en Suisse romande, que l'on favorise la politique d'investissement dans les routes et les communications, que l'on favorise un équilibre du pays et non pas que se refasse une autre Suisse encore plus déséquilibrée qu'avant. Je suis un peu haineux après ce que j'ai entendu hier soir de la part de M. Blocher - considéré comme un des grands vainqueurs de la journée - qui à la question "Et après" répondait "Après, cela continue". Pour nous, ce n'est pas possible. J'aimerais que l'on évite les deux excès. On ne peut pas dire qu'il ne s'est rien passé tout comme on ne peut pas prévoir une immense "psychothérapie nationale".

Nous devons absolument déclarer que nous allons prendre le temps nécessaire à la réflexion et tirer les conséquences nécessaires.

(au président): Je suis certain que votre sentiment n'est pas le mien. Ce matin, entre les gouvernements cantonaux, le téléphone a crépité! Il nous a fallu calmer le jeu après lecture du courrier des lecteurs disant qu'on peut vivre sans Genève et sans le Jura, qu'il faut s'entendre avec l'Alsace ou de l'USAM qui déclarait vendredi "Attention, la Suisse romande ne peut pas vivre sans la Suisse allemande alors que le contraire est possible!" Les blessures sont considérables. Il nous faudra du temps - peut-être faut-il une session spéciale? Il faut surtout préparer ce temps et analyser sérieusement ce qui s'est passé. Je suis certain que nous n'avons pas voté la même chose. Plus j'en parle, plus je suis persuadé qu'il y a un gigantesque malentendu.

Comment interpréter le mandat que le peuple - qui a toujours raison - a donné? Continuer de parler de négociations bilatérales est tellement ridicule que j'en ai de la peine pour ceux qui s'expriment ainsi. Nous avons tous entendu le Commissaire Andriessen dire qu'il n'y a pas de place pour de telles négociations. Il faut le savoir - ce ne sont pas mes propos. Il faut se mettre d'accord sur l'analyse et savoir comment accomplir ce morceau de chemin que nous aimerions encore faire ensemble. La situation est vraiment grave - elle n'est pas encore dramatique puisqu'il n'y a pas encore de mouvement. Il y a stupéfaction, comme après avoir reçu un coup très violent. Nous ne savons pas à qui nous parlons. Pouvez vous expliquer la clarté du verdict - sans aucune ironie.

Le président explique que par "clarté du verdict" il entend seulement le double "non" du peuple et des cantons.

M. Cavadini conclut en demandant une analyse qui va durer deux ou trois mois. Le gouvernement devra ensuite se prononcer quant à la voie à suivre, il ne pourra pas minimiser la situation. Les choses sont graves!

M. Blankart (à M. Cavadini): Je partage à cent pour cent votre point de vue, ceci d'autant plus que dans mes discours, j'ai été le premier à évoquer la question d'un oui romand et d'un non alémanique. J'ai souligné ce danger lors de chacune de mes conférences. Personnellement, je suis un fidèle adepte de la Romandie, j'ai deux enfants de langue maternelle française. A titre de fonctionnaire, et dans ma position actuelle, je ne voudrais en aucun cas paraître rancunier; c'est la raison pour laquelle j'ai évoqué la règle générale selon laquelle "le peuple a toujours raison"; je pourrais tout au plus y ajouter: "C'est aussi lui qui paie finalement la facture".

M. Cavadini prie le Secrétaire d'Etat de l'excuser en mentionnant qu'il a toujours admiré tant son action que son engagement. Je n'arrive pas à croire aujourd'hui que le peuple a véritablement raison.

Bloetzer: Ich bin überzeugt, dass wir durch dieses Abstimmungsergebnis aussen- und wirtschaftspolitisch um Jahre zurückgeworfen wurden. Was wir einzig tun können, ist den Schaden möglichst gering halten, indem wir weiterarbeiten, um unsere aussenpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Meiner Meinung nach müssen wir die Fragen vertieft analysieren, und deshalb beantrage ich, dass sich unsere Kommission gegen eine Sondersession im Januar ausspricht, wobei eine solche zu einem späteren Zeitpunkt durchaus sinnvoll sein kann. Zuerst müssen uns aber der Bundesrat

und seine Mitarbeiter das weitere Vorgehen und Vorschläge unterbreiten, damit wir uns gründlich aussprechen können.

Gadient: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der Nationalrat ganz unabhängig von uns eine Sondersession beschliessen kann. Dabei stellt sich die Frage, ob es opportun ist, wenn dann der Ständerat nicht mitmacht.

Präsident: Wollen wir uns zur Frage der Sondersession überhaupt äussern?

M. Delalay: A mon avis, il faut en parler et dire que nous voulons discuter de notre avenir en rapport avec notre rapprochement de l'Europe, que la chose ne peut pas se faire immédiatement, soit au mois de janvier et qu'il nous faut un certain délai de réflexion. Il n'y a pas forcément lieu d'évoquer une session spéciale.

Onken: Ich schlage vor, dass wir im Sinn von Herrn Delalay erklären, dass es Zeit braucht, die Situation zu analysieren, um daraus die entsprechenden Folgen zu ziehen. Wir müssen gründlich vorbereitet sein, um allfällige Programme (beispielsweise ein Beschäftigungsprogramm) beschliessen zu können.

Präsident: Im Abstimmungskommentar weise ich darauf hin, dass "die Kommission ihre nächste Sitzung vom 21. und 22. Januar schwergewichtig der Frage des weiteren Vorgehens widmen wird." Ist das eine zu schwache Formulierung?

Gadient: Ich frage mich, ob der Passus "landesintern ist danach zu trachten, dass die unterschiedliche Haltung von deutsch und welsch nicht zu Spannungen führt" noch verstärkt werden sollte, indem darauf hingewiesen wird, dass ein gründlich vorbereitetes nationales Programm mit entsprechenden Massnahmen vorgesehen ist.

Präsident: Sollen wir hinsichtlich der geplanten Konferenz zur nationalen Einheit eine Stellungnahme abgeben?

Onken: Der Ständerat kann die Notwendigkeit des Dialoges mit den Kantonen betonen, aber ich würde die Formulierung "nationale Einheit" vermeiden.

M. Delalay: Aujourd'hui, il y a lieu de constater partout la cassure entre la Suisse alémanique et la Suisse romande. Nous sommes tous profondément déçus de cette situation qu'il y a lieu de souligner de toutes les manières possibles. Je tiens pourtant à mettre l'accent sur le fait que 40% des Suisses alémaniques se sont prononcés en faveur du traité sur l'EEE. La fracture ne subsiste pas uniquement au niveau de la langue, mais elle représente aussi une atteinte à l'unité nationale dans les deux parties du pays.

Rhinow: Immerhin haben sich zwei Kantone der deutschen Schweiz für den EWR ausgesprochen.

Schiesser: Wäre es angesichts der besonderen Situation nicht angebracht, dass sich auch ein Vertreter der Romandie äussert?

Präsident: Man fand, dass es ausreicht, wenn der Bundespräsident als Vertreter der Minderheit spricht.

M. Delalay: Le Bureau a discuté la question évoquée par M. Schiesser. Plusieurs orateurs furent proposés. Il fut pourtant décidé de se limiter à une seule personne qui doit être le président de la Commission de politique extérieure. Je ne ressens pas la nécessité de "tendre une perche" aux Romands en leur demandant de s'exprimer.

Schiesser: Natürlich ist es schwergewichtig eine aussenpolitische Frage. Wenn man der Meinung ist, dass es genügt, wenn sich der Bundespräsident äussert, so bin ich damit einverstanden.

Im Anhang 2 finden Sie den bereinigten Text des Abstimmungskommentars des Kommissionspräsidenten.

2. Vorbereitung der nächsten Sitzung vom 21./22. Januar

Präsident: Es ist vorgesehen, dass wir am späten Nachmittag des 21. Januar zusammenkommen und unsere Beratung bis 22. Januar, mittags, fortsetzen.

Traktanden: Die Lage im ehemaligen Jugoslawien; GATT-Verhandlungen; verschiedene Petitionen; Europapolitik nach dem EWR-Entscheid. Weiter möchte Frau Simmen die Aufstockung des IDA-Kredites besprechen.

Frau Simmen: Ich finde es ausserordentlich wichtig, dass sich die Aussenpolitische Kommission in regelmässigen Abständen diesen Fragen annimmt, damit wir eine Vertrautheit im Umgang mit dieser Materie bekommen. Momentan steht die Aufstockung dieses Kredites an, und ausserdem kommen Aufwendungen für den "Erdzuschlag" ("earth-agreement") hinzu. In finanzieller Hinsicht erwarten der IWF und die Weltbank einiges von uns, und weiter möchte ich auch die qualitativen Fragen (beispielsweise die Entwicklungshilfe) erörtern.

Blankart: Für die Weltbank ist, in enger Zusammenarbeit mit der DEH, das BAWI zuständig. Die Aufstockung ist im Budget der DEH, wird aber vom EVD vertreten und gegenüber der Weltbank ausgehandelt. Im übrigen begrüsse ich es sehr, wenn sich die Aussenpolitische Kommission mit dem Thema befasst.

Frau Simmen: Ich möchte noch betonen, dass ich keine zeitlichen Vorgaben mache.

Blankart: Wir werden Ihnen einen Lagebericht aushändigen sowie einen Abschlussbericht, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind.

Onken: Ich finde es sinnvoll, zur Sitzung im Januar bezüglich der EWR-Frage auswärtige Ansprechpartner einzuladen. Weiter möchte ich wissen, ob unsere Botschafter den Auftrag erhalten haben, die Haltung der Schweiz, die ja nicht ohne weiteres verständlich ist, nach aussen zu tragen.

Präsident: Ich finde es wäre zu früh, schon für die Januarsitzung auswärtige Ansprechpartner einzuladen. Wir können dies dann immer noch für die Februar-Sitzung nachholen.

Kellenberger: Bereits gestern abend erhielten alle Botschaften eine unsere Haltung betreffende Sprachregelung; zusätzlich wird unser Missionschef in Brüssel mit den EG-Institutionen Kontakt aufnehmen. Auch wird sich unser Botschafter in London mit

Grossbritannien, welches gegenwärtig die EG-Präsidentschaft innehat, aussprechen, und an der heutigen Sitzung der EFTA-Länder in Genf konnte ebenfalls unsere Sicht dargelegt werden.

Onken: Die EFTA-Länder stehen vor einer Neuverteilung der Mittel, die in den Kohäsionsfonds fliessen sollen. Wie steht es mit der Solidarität der Schweiz, womit doch einiges an Goodwill geschaffen werden könnte?

Blankart: Das hängt davon ab, ob dieser Kohäsionsfonds um den Betrag der Schweiz gekürzt wird. Wenn gewisse Länder auf den vollumfänglichen Betrag insistieren, müsste man sich Ihre Gedanken, Herr Onken, anstellen.

Kellenberger: Wie wir uns in dieser Frage verhalten, hängt auch davon ab, ob wir bei den EFTA-Ländern auf Verständnis für unsere Lage stossen, und ob Verhandlungen etwelcher Art noch möglich sind. Es wird eine Frage des Dialoges sein, der ja jetzt erst beginnt.

Gadient: Wir werden diese Frage sehr sorgfältig überlegen müssen, und es sollte auf jeden Fall überlegt werden, ob wir in gewissen anderen Bereichen konzilient sein können, damit die Lücke gefüllt wird.

Rüesch: Wenn wir jetzt zahlen, obwohl die Vorlage abgelehnt wurde, lösen wir gleich den nächsten Wirbel aus.

Schluss der Sitzung um 18.00 Uhr

Entwurf

Anhang 1

Abstimmungskommentar

Die APK des Ständerates befasste sich kurz vor Beginn der heutigen Sitzung des Plenums mit der gestrigen EWR-Abstimmung. Sie ist einmütig der Ueberzeugung, das Abstimmungsergebnis sei zunächst vertieft zu studieren, bevor daraus endgültige Schlussfolgerungen für den künftig einzuschlagenden Weg gezogen werden. In diesem Sinne wird die vom Bundesrat skizzierte Vorgehensweise begrüsst, wonach er in der dritten Sessionswoche in der Vereinigten Bundesversammlung eine fundierte Stellungnahme abgeben wird. Unsere Kommission wird sodann gestützt darauf ihre nächste Sitzung vom *21. und 22.* Januar 1993 schwergewichtig der Frage des künftigen Vorgehens widmen. Sofern das Verhältnis der Schweiz zu Europa zur Diskussion steht, wird dieses nicht nur von unserem Willen, sondern ebenso sehr auch von der Bereitschaft der anderen Staaten abhängig sein.

Unter Vorbehalt vertiefterer Studien lässt sich folgende erste Beurteilung des gestrigen Abstimmungsergebnisses vornehmen:

Erfreulich ist die hohe Stimmbeteiligung und die Klarheit des Verdikts. Ein so klarer Entscheid ist ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Bundesrat und Parlament haben sich danach zu richten und dafür zu sorgen, dass es sich im Landesinnern und im Verhältnis zu den übrigen Staaten zum Wohl der gesamten Schweiz auswirkt.

Landesintern ist danach zu trachten, dass die unterschiedliche Haltung von deutsch und welsch nicht zu Spannungen führt. Als Rätoromane und mithin in dieser Beziehung als Vertreter eines neutralen Volkes fühle ich mich besonders dazu aufgerufen, auf diese Gefahr hinzuweisen. Weiter ist dafür zu sorgen, dass die Gräben im Abstimmungskampf zwischen Befürwortern und Gegnern rasch und gründlich überbrückt werden. Dies bedingt eine einsichtige Haltung auf beiden Seiten, ohne Verbitterung einerseits und ohne Triumphhäusserungen andererseits. Beide, Befürworter und Gegner, haben aus ihrer Warte das Beste gewollt. Und beide müssen nun gemeinsam, basierend auf dem Abstimmungs-Entscheid, weiterhin das Beste zu geben versuchen. (Frage einer nationalen Einigungskonferenz? Meines Erachtens sollten nicht neue Strukturen geschaffen werden. Vielmehr hat das Parlament diese Aufgabe zu erfüllen).

Im Verlaufe der parlamentarischen Beratung und der Abstimmungskampagne haben sich Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Verbesserung der heutigen Wirtschaftslage gezeigt, bei denen Gegner und Befürworter weitgehend gleicher Meinung waren. Ich denke da an eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit mittels Förderung der Wirtschaft durch produktive Investitionen, Deregulierung und Vereinfachung von Bewilligungsverfahren, an die Sanierung der öffentlichen Finanzen über eine neue Bundesfinanzordnung, an die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen durch Revision des Kartellrechts, an die Erhöhung der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, an die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die Landwirtschaft im Verhältnis zum GATT usw. Weitgehende Einigkeit herrschte ebenfalls bezüglich der Postulate für eine Verbesserung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, für einen verbesserten Mutterschaftsschutz, für eine Erweiterung der Produkthaftung usw. Es wird zu prüfen sein, ob und wie weit solche Massnahmen, die grösstenteils im Rahmen des Eurolex-Programms im Hinblick auf den EWR durch das Parlament gutgeheissen wurden und nun dahingefallen sind, auch losgelöst vom EWR zu beraten und im Falle der Gutheissung dem Stimmbürger vorzulegen sind.

Im Verhältnis zu den anderen Staaten, namentlich zu jenen der EFTA und der EG, sind Gegner und Befürworter der EWR-Vorlage darin einig, dass die gestrige Abstimmung keine Isolation der Schweiz und keine Diffamierung der übrigen europäischen Staaten bedeutet. Dies müssen wir diesen Staaten auch so erklären. Die Gespräche mit ihnen sind deshalb nicht abubrechen, vielmehr sollen sie in diesem Sinne fortgesetzt und im Rahmen des Möglichen intensiviert werden.

Auf dieser Grundlage soll die Voraussetzung für eine Politik geschaffen werden, die sich auch in Zukunft nach dem Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes richtet.

Anhang 2

ABSTIMMUNGSKOMMENTAR

Die APK des Ständerates befasste sich kurz vor Beginn der heutigen Sitzung des Plenums mit der gestrigen EWR-Abstimmung. Die Kommission, die sich einstimmig für den Beitritt zum EWR ausgesprochen hat, bedauert, dass die schweizerische Oeffnung zu Europa durch diesen Entscheid einen Unterbruch erfahren hat. Sie ist einmütig der Ueberzeugung, das Abstimmungsergebnis sei zunächst vertieft zu studieren, bevor daraus endgültige Schlussfolgerungen für den künftig einzuschlagenden Weg gezogen werden. Die Kommission wird ihre nächste Sitzung vom 21. und 22 Januar 1993 schwergewichtig der Frage des künftigen Vorgehens widmen. Sofern das Verhältnis der Schweiz zu Europa zur Diskussion steht, wird dieses allerdings nicht nur von unserem Willen, sondern ebenso sehr auch von der Bereitschaft der anderen Staaten abhängig sein.

Unter Vorbehalt einer vertiefterer Analyse lässt sich folgende erste Beurteilung des gestrigen Abstimmungsergebnisses vornehmen:

Erfreulich ist die hohe Stimmbeteiligung und die Klarheit des Verdikts. Ein solcher Entscheid ist ohne Wenn und Aber zu akzeptieren.

Bundesrat und Parlament haben sich danach zu richten und dafür zu sorgen, dass sich der Entscheid des Souveräns im Landesinnern und im Verhältnis zu den übrigen Staaten zum Wohl der gesamten Schweiz auswirkt.

Landesintern ist danach zu trachten, dass die unterschiedliche Haltung von deutsch und welsch nicht zu Spannungen führt.

Sco romontsch ed en quei cass representant ded in pievel neutral, sesentel clamaus de render attent sin quest grond prighel.

Chers amis romands, nous sommes avec vous et regrettons profondément la décision de hier. Notre commission était et est à l'unanimité avec vous, ainsi que la majorité de notre Conseil. Aidez-nous à bâtir les ponts entre la Suisse romande, romanche, italienne et alémanique.

Dans ce sens, la commission appuie l'idée d'une session extraordinaire, dont la date reste à fixer.

Weiter ist dafür zu sorgen, dass die Gräben im Abstimmungskampf zwischen Befürwortern und Gegnern rasch und gründlich überbrückt werden. Dies bedingt eine einsichtige Haltung auf beiden Seiten, ohne Verbitterung einerseits und ohne Triumphhäusserungen andererseits. Beide, Befürworter und Gegner, haben

aus ihrer Warte das Beste gewollt. Und beide müssen nun gemeinsam, basierend auf dem Abstimmungs-Entscheid, weiterhin das Beste zu geben versuchen. (Frage einer nationalen Einigungskonferenz ? Meines Erachtens sollten nicht neue Strukturen geschaffen werden. Vielmehr hat das Parlament diese Aufgabe zu erfüllen).

Im Verlaufe der parlamentarischen Beratung und der Abstimmungskampagne haben sich Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Verbesserung der heutigen Wirtschaftslage gezeigt, bei denen Gegner und Befürworter weitgehend gleicher Meinung waren. Ich denke da an eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit mittels Förderung der Wirtschaft durch produktive Investitionen, Deregulierung und Vereinfachung von Bewilligungsverfahren, freilich ohne Gefährdung des sozial und ökologisch erreichten, an die Sanierung der öffentlichen Finanzen über eine neue Bundesfinanzordnung, an die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen durch Revision des Kartellrechts, an die Erhöhung der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, an die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die Landwirtschaft im Verhältnis zum GATT usw. Weitgehende Einigkeit herrschte ebenfalls bezüglich der Postulate für eine Verbesserung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, für einen verbesserten Mutterschutz, für eine Erweiterung der Produkthaftpflicht usw. Es wird zu prüfen sein, ob und wie weit solche Massnahmen, die grösstenteils im Rahmen des Eurolex-Programms im Hinblick auf den EWR durch das Parlament gutgeheissen wurden und nun dahingefallen sind, auch losgelöst vom EWR zu beraten und dem Stimmbürger vorzulegen sind.

Im Verhältnis zu den anderen Staaten, namentlich zu jenen der EFTA und der EG, sind Gegner und Befürworter der EWR-Vorlage darin einig, dass die gestrige Abstimmung keine Isolation der Schweiz und keine Brückierung der übrigen europäischen Staaten bedeutet. Dies müssen wir diesen Staaten auch so erklären. Die Gespräche mit ihnen sind deshalb nicht abubrechen, vielmehr sollen sie in diesem Sinne fortgesetzt und im Rahmen des Möglichen intensiviert werden. Mit dem Bundesrat ist die aussenpolitische Kommission der Auffassung, dass für die Zukunft alle Optionen offenzuhalten sind, die eine Beteiligung unseres Landes an der europäischen Entwicklung ermöglichen.

Auf dieser Grundlage soll die Voraussetzung für eine Politik geschaffen werden, die sich auch in Zukunft nach dem Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes richtet.

- 3 -

Nach Auffassung der aussenpolitischen Kommission hat das Schweizer Volk eine schwierigen und beschwerlichen Weg gewählt, der allseits grosser Anstrengungen bedürfen wird.